

# Volksblatt

Das "Volksblatt" erscheint jeden Freitag; Sonn- und Feiertagen mit der Illustrierten "Saale" und Zeitungs-Imperium eingelebten Manuskripten ist stets das Hauptkapital. Das "Volksblatt" ist die Publikations-Organ der demokratischen und sozialistischen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Herz 42/44, Postfach 27, Halle (Saale). — Druck: "Volksblatt", Postfach 27, Halle (Saale). — Abonnement: monatlich 2,00 Mark, vierteljährlich 5,00 Mark, halbjährlich 9,00 Mark, jährlich 16,00 Mark. — Einzelhefte: 10 Pfennig. — Ausland: 1,50 Mark. — Postgebühren: 0,25 Mark. — Anzeigen: 10 Pfennig pro Zeile und Tag. — Abrechnung: 1. d. M. —

**Sozialdemokratische Tageszeitung**  
für  
**Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg**

**Bezugsbedingungen:** Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,00 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Für Arbeiter 1,50 Mark. Postgebühren monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einzahlung, 2,30 Mark mit Beleg, ab Postamt abnommen 2,40 Mark. Anzeigenpreis 10 Pfennig pro Zeile und Tag. Im Kleinanzeigen- und Anzeigenpreis 5 Pfennig pro Zeile und Tag. — Druck: "Volksblatt", Postfach 27, Halle (Saale). — Abrechnung: 1. d. M. —

## Wählerbetrug!

**Aus der Parolen-Blechschmiede der kommunistischen Volksbetrüger. • Sozialdemokratische Arbeit und bolschewistische Schamtschlägerei. • Arbeiter, Wähler, Augen auf!**

### Die Gothaer Forderungen.

Nachdem die kommunistische Reichstagsfraktion monatlich die praktische Arbeit des Reichstags durch ihre Sabotageaktion auf das empfindlichste gelähmt hatte, hat sie unmittelbar vor der Aufhebung des Reichstags die sogenannten Gothaer Forderungen in ein Antrag vorgelegt. Bei der Abweisung der Kommunisten gegen parlamentarische Arbeit besteht kein Zweifel, daß es ihnen mit der Verwirklichung dieses Antrages durchaus nicht ernst ist, er dient ihnen lediglich als Plattform für den Wahlkampf. Deshalb sei kurz zu den sieben Forderungen Stellung genommen.

1. Die Kommunisten verlangen Aufhebung derjenigen Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung, die Überleistungen des Arbeitstages zulassen. Sie kommen mit diesem Antrag sehr spät und sind zugleich sehr bescheiden. Bisher haben sie den Kampf für die Aufrechterhaltung bzw. Überforderung des Arbeitstages ganz der Sozialdemokratie überlassen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits im Herbst 1923 die Verlängerung der Demobilisierungsbefristungen zugunsten des Arbeitstages verlangt. Sie wird mit dieser Forderung ganz übereinstimmend. Auch bei dem Kampf gegen die Arbeitszeitverordnung überlassen sie die Kommunisten der Sozialdemokratie, für den Arbeitstages eintritt. Alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten wurden von den bürgerlichen Parteien nicht ergriffen.

2. Seit Anfang 1924 kämpft die Sozialdemokratie für die Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens über den Arbeitstages. Auch hierbei sieht sie bisher auf den Widerspruch aller bürgerlichen Parteien. Die Kommunisten verstärken diesen Widerspruch, indem sie den in Aussicht genommenen Vorkurs als Selbstbetrug bekämpfen. Die Sozialdemokratie hat ferner verlangt, die Regierung solle die Schlichtungsausschüsse antreiben, eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall als verbindlich zu erklären. Sie hat ferner Forderungen gestellt, daß Überleistungen des Arbeitstages nur auf Grund von Tarifverträgen zulässig sein sollen und daß Überarbeit bezahlt werden muß.

3. Die Kommunisten verlangen ein Höchstmaß zur Erhöhung der Reichsarbeiterlöhne um 40 Prozent. Löhne, Gemeinden und Privatbetriebe sollen durch Gesetz verpflichtet werden, dieselbe Erhöhung vorzunehmen. Die Löhne der Reichsarbeiter sind bisher nie im Reichstage festgelegt worden, sondern stets durch Tarifverträge, die zwischen Gewerkschaften und Reichsregierung abgeschlossen werden. Die Sozialdemokratie hat es bisher ferner abgelehnt, die Löhne der Reichsarbeiter festsetzen zu lassen. Die Kommunisten wissen also, daß ihr Antrag ganz aussichtslos ist. Sie wissen aber auch, daß die Sozialisten von den Gewerkschaften zum 31. Oktober 1924 gekündigt worden sind und die Reichsarbeiter sich die erforderlichen Lohnsteigerungen erkämpfen wollen. Die Löhne der Privatbetriebe durch Gesetz festzusetzen, ist unmöglich und für die Arbeitnehmer schädlich und gefährlich. Es bedeutet die Auslieferung der Lohn- und Gehaltsempfänger an das reaktionäre Parlament, von dem die Kommunisten sonst behaupten, daß es nichts Erpressliches für die Arbeiterklasse schaffen könne.

4. Die Kommunisten fordern Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf das Existenzminimum, Verbot der Zwangsarbeit und Erwerbslosen, produktive Erwerbslosenfürsorge, Schutz gegen Entlassungen und Verbot der Betriebsstilllegungen. Keine Partei hat so viel für die Erwerbslosen getan wie die Sozialdemokratie. Zahlreich haben sich die Kommunisten um die Unterstützung der Erwerbslosen überhaupt nicht gekümmert. Das heißt die Erwerbslosenunterstützung um durchschnittlich 50 Prozent erhöht wurde, ist ausschließlich das Verdienst der Sozialdemokratie. Sie beantragte Verbot der Zwangsarbeit der Unterstützung der Erwerbslosen, die von den Kommunisten geforderte Festsetzung der Unterstüzung nach einem "proletarischen Existenzminimum" bedeutet die schärfste Schädigung der Erwerbslosen, denn dann kann die Bureaucratie in Willkür die Unterstützung der Erwerbslosen bestimmen. Die Abschaffung der Willkürarbeit der Erwerbslosen hat die Sozialdemokratie bereits im März 1924 verlangt. Diesen Antrag hat sie im Juni wiederholt. Sie verlangt zugleich, daß die endgültige Erwerbslosenversicherung gesichert wird, durch die die Unterstüzung der Erwerbslosen von abhängig gemacht wird von Beschäftigung und Vermögen. Der Sozialdemokratie ist auch die produktive Erwerbslosen-Fürsorge zu danken. Den unsozialen Abbau von Arbeitern, Angestellten und Beamten hat sie immer bekämpft. Auf ihren Antrag hat der Reichstag beschlossen, die weitere Durchführung

der Abbauverordnung auszuführen. Die Regierung hat diesem Beschluß aber nicht entsprochen. Gegen die Stilllegung von Betrieben sind ebenfalls alle zweckmäßigen Maßnahmen unternommen worden; teilweise mit Erfolg.

5. Die Kommunisten verlangen sofortige Erhöhung der Unterstüzungssätze für Kriegsober-, Sozial- und Altersrentner auf das Existenzminimum. Oben ist bereits über die Unbilligkeit und Schädlichkeit der Festsetzung der Unterstüzung nach dem Existenzminimum des Erwerbslosen gesagt. Die letzte Erhöhung der Unterstüzungssätze erfolgte unter dem Druck der Sozialdemokraten. Daß die Erhöhung unzulänglich ist, verstanden die bürgerlichen Parteien. Die Kommunisten aber haben ihnen dabei geholfen, denn ihre Anträge wurden nie ernst genommen.

6. Die Kommunisten verlangen sofortige Aufhebung der Umsatzsteuer, der Mietsteuer und des zehnprozentigen Lohnabzuges. Auch die Sozialdemokratie will den Abbau der Umsatzsteuer. Sie will aber auch keine neue Inflation und muß deshalb dafür sorgen, daß jeder Ausfall aus der Umsatzsteuer durch Besteuerungen gedeckt wird. Die Mietsteuer ist von der Sozialdemokratie stets bekämpft worden. Sie hat ihre Erhebung durch die Wohnungsnotabgabe und die Vermögenssteuer auf die großen Vermögenden geordnet. Nachdem inzwischen aber die Mieten wesentlich erhöht worden sind, enthält jetzt die Befreiung der Mietsteuer die Gefahr, daß die erhöhte Miete in die Taschen der Lohnbesitzer fließt. Das wollen die bürgerlichen Parteien. Es zu verhindern, verlangt das bringende Interesse der Arbeiterklasse, vor allem auch deshalb, weil sonst alle Mittel zur Befreiung der Wohnungsnot fehlen. In diesem Jahre sind jedoch etwa 50 000 Wohnungen gebaut und damit zum erstenmal die Wohnungsnot erfolgreich bekämpft worden. Die Sozialdemokratie verlangt die Ermäßigung der Lohnsteuer. Niemand haben die Kommunisten einen Finger krümmen gemacht, um das zu erreichen. Nach der Verweigerung der Inflation im November 1923 hat die Sozialdemokratie verlangt, daß nicht 12 Mt., sondern 20 Mt. Wochenlohn steuerfrei ist. Die Kommunisten haben sich überhaupt nicht gekümmert. Wenn dieses Ziel erreicht wird und die Weisungen härter als bisher zu den Steuerlasten herangezogen werden, ist das Interesse der Arbeiterklasse durchaus gemacht. Denn ebenso wenig wie in Ausland kann in Deutschland das Arbeitseinkommen von allen Steuerlasten befreit werden.

7. Die Kommunisten wollen Sicherstellung der Ernährung der Industriebevölkerung durch Beschäftigung der Genie bei den Großanlagern. Die Erfahrungen der Zwangsindustrie haben gelehrt, daß damit die Ernährung nicht sichergestellt, sondern gefährdet wird. Die Versorgung der Industriebevölkerung mit Nahrungsmitteln ist am besten durch den freien Genossenschaft zu erreichen. Daher bekämpft die Sozialdemokratie die Agrarrollen. Sie ist auch hierbei führend gewesen und hat die Kommunisten im Schlepptau gehabt.

8. Die Kommunisten verlangen sofortige Unterstüzung der Kleinbauern durch wirtschaftliche und finanzielle Hilfsmaßnahmen. Genau so unbestimmt drücken sich die Großagraren aus, wenn sie die Kleinbauern als Stimmbürger brauchen. Die Sozialdemokratie hat in ihrem großen Antrag über die Neuordnung der Agrarverhältnisse im einzelnen die Wege gezeichnet, wie den Kleinbauern zu helfen ist. Nur sie allein hat sich auch gegen die übermäßige Steuerbelastung der Kleinbauern gewendet.

Der Antrag der Kommunisten hat lediglich agitatorische Bedeutung. Soweit er brauchbarer enthält, ist er nur eine sehr veraltete Aufnahme sozialdemokratischer Anträge.

### Zur gefälligen Auswahl.

In der Sonntagsgabe der "Roten Fahne" konnte man auf der ersten Seite lesen:  
"Die Sozialdemokratische Partei kämpft um Ministerielle und parlamentarische, daß ihre Erfahrungen seit 1914 verzeihen."

Ein paar Spalten weiter wird aber folgendes angeführt:  
"Wißt man die Bedeutung der Arbeiterklasse es in dem langen Ausdauer um die Unterstüzung, auch nicht die Wahlfrage stand auf der Tagesordnung."

Run können sich die Leser der kommunistischen Blätter ausmalen, welche Parole richtig ist, ob die erste oder die zweite. Wahrscheinlich werden manche von ihnen aus dieser Ingerichtigkeit den Schluß ziehen, daß sich auf die ganze kommunistische Politik sein werden läßt.

Bei der Anerkennung der Sowjetregierung. Dem "Echo de Paris" zufolge wird die französische Regierung wahrscheinlich am Dienstag die Sowjetregierung anerkennen.

### Dr. Wirth auf dem Zentrumsparteitag.

Berlin, 28. Oktober. (Radioübertragung.) Auf dem Reichsparteitag des Zentrums erklärte am Montag der Fraktionsvorsitzende Dr. Wirth seinen Standpunkt über den Ausbruch des Bürgerkriegs. Eine Erweiterung der Regierung auch nach rechts sei von der Zentrumspartei durchaus gebilligt worden. Aus imperialistischen Gründen habe sich aber bald die Meinung gebildet, der Deutschlandnationalen in die Regierung als unmöglich herauszufallen.

Am weiteren Verlauf des Parteitag hielt am Montag der frühere Reichskanzler Dr. Wirth eine große Rede. Das größte Unglück für die deutsche Nation bedeute ein Abbruch von dem gegenwärtigen Weg der deutschen Politik. Die deutsche Außenpolitik müsse zuerst am Werte sein, sie müsse beschränkt unter dem Gesichtspunkt paritätischer Grundlagen oder ein paar Minister gelehrt werden. Wir haben bisher, so führte Wirth fort, eine Politik der Laissez-faire, die uns der Verfall der Welt aufweist. Wir müssen, die von den politischen Gegnern als "Erlös" in der Politik gekennzeichnet worden ist. Wenn man im Wahlkampf auf die Deutschlandnationalen die "Reinigung" vom "Erillungsgeistes" gepredigt wird, wenn der Verfall und dem "Parlamentarismus", die erst die Strafe geschaffen haben, mit deren Hilfe man Minister gelehrt werden wollte, der schärfste Kampf angeht, dann ist das kein Ausbruch der bisherigen Außenpolitik, sondern die Schaffung von Gegenständen im Innern. Auch von der Genesnis muß anerkannt werden, daß die Politik des Zentrums objektiv gewesen ist. Wir vom Zentrum müssen es ablehnen, unsere Politik von den Rechten komplizierter zu lassen. Unser Minister muß nicht nur so hoch, als das irgendwo wird, sondern auch in der Zeit ihm angesetzt werden konnte. Habe ich nicht recht gehabt nach all den Beschwerden der letzten Wochen, schon früher vor den Wandern der Deutschlandnationalen zu warnen? (Langanhaltender Beifall.) Wacht darauf, daß die über von den Deutschlandnationalen vertrieben. Wirth erklärte, die in der aufstehenden Sitzung vom 29. August mit Nein gestimmt haben, den außenpolitischen Kurs der Regierung Marx garantiert hätten? Jetzt ist es erwiesen, daß die deutschlandnationalen Fraktion am 29. August bejahend halb und halb stimmte, um die negativen Politiken nach der Wahl zu verhindern. In Zukunft handelt es sich um die Lösung folgender Probleme.

- 1. Sicherung unserer heutigen Zustände.
  - 2. Befreiung des in unserem Volk vorhandenen Glubs.
  - 3. Beibehaltung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden.
  - 4. Die große tarifliche und prinzipielle Forderung der Außenpolitik.
- Den Ausführungen des ehemaligen Kanzlers folgte ein minutenlanges, nicht unterbrochenes Beifall. — Aufstehend blühte beinahe in jedem der Schlußwort, daß der partei Beifall der Dr. Wirth gepollt worden sei, nur beziehe, daß die Grundidee, die er vertreten habe, die Grundidee der Partei seien. — Als er die Rede beendete sprach der Frankfurter Universitätsprofessor Dehne, der mit Begeisterung beifallte, daß Marx nicht weiter nach rechts gegangen sei. Man hätte nicht zulassen, daß in das in Weimar gebaute Haus Leute hineingelassen werden, die von vornherein erklären, daß es ihre Absicht sei, dieses Haus zu zerstören. — Abgeordneter Esser verwies auf die Tatsache, daß Laberenz, dem ein Ministerposten angeboten war, gegen die Dankschreiben gestimmt hat. Wie hätte man von solchen Männern erwarten, daß sie, zur Regierung zugelassen, die von Marx erfolgreich beschrittene außenpolitische Bahn mitgehen würden. — Abgeordneter Illies (Oberelb) befragte sich zum Kabinett Marx und zum Beifall an der bisherigen Politik. Bebauungsbau war beinahe in jedem der Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth: Außenpolitik geteilt entwürde das sozialdemokratische Programm der internationalen Zusammenarbeit überließ mehr dem übernatürlich gläubigen Christentum als der empirische Nationalismus, den man nicht mit Anrecht, die Steiner des 20. Jahrhunderts genannt habe.

### Rede des Reichskanzlers.

Am Montagvormittag trat der Reichsparteitag des Zentrums zusammen. Die Programmrede hielt Reichskanzler Dr. Marx. Er führte u. a. aus: Unser Recht auf Leben als Nation verlangt ein freies Deutschland frei von Seiten frei von imperialistischen Bedrohungen, verlangt ein Groß-Deutschland, in dem die ganze deutsche Nation vereinigt ist, verlangt ein Deutschland mit Millionen, damit dieses friedliche Deutschland Wohl- und Auslandsgebiete für Rohprodukte und Waren hat. Deutschlands Außenpolitik ist ein Akt der Notwendigkeit. Wir erkennen die Befreiung von Schuldenverpflichtungen nur aus moralischen Gründen. Es wäre eine unüberlebbare Selbstschändung, wenn wir annehmen wollten, der Notwendigkeit, daß uns nicht die Weltanschauung am Krieg angehebt werden kann, würde auch zur Notwendigkeit, daß wir unserer Verpflichtungen aus dem Berliner Vertrag ledig würden. Der Berliner Vertrag kam dann auf die Reparationsfrage zu sprechen, die nach Abschlus des Londoner Vertrags endlich in die Bahn einer ruhigen und leidenschaftslosen Entwidlung gebracht ist, die aber mit dem Londoner Vertrag noch nicht am Abschlus







# Bereins-Kalender

der E.P.O.,  
Freien Gewerkschaften, Gefellten Vereinen  
sowie der sozialistischen Frauen-Sammeln-  
vereine im Bezirk Halle-Merzburg.

Veranstaltungen der E.P.O. (Eisenbahner) vom 28. bis 31. Oktober  
1924.  
(Eisenbahner befehlen) (Herbst 1924).

**Halle**  
Jugendlichen. Dienstag, 28. Okt. im Jugendheim, Weidenplan: Juchensfeier. Alle jungen Weisen und Weisen, die für unterer Arbeit in-  
verreifen, sind herzlich eingeladen.  
Kameradschaft. Dienstag, 28. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“ Generalversammlung.  
Wittmoos, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, im St. Nikolaus: Dienstreueversammlung.  
Wittmoos, Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, im Jugendheim: Wichtige Verhandlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.  
Wittmoos, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“: Generalversammlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.  
Wittmoos, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“: Generalversammlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.

**Aus dem Bezirk.**  
Mitteln. Offentl. Wählerversammlung, Wittmoos, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“: Wichtige Verhandlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.  
Mitteln. Offentl. Wählerversammlung, Wittmoos, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“: Wichtige Verhandlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.  
Mitteln. Offentl. Wählerversammlung, Wittmoos, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“: Wichtige Verhandlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.

**Mansfelder Land.**  
Mitteln. Offentl. Wählerversammlung, Wittmoos, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“: Wichtige Verhandlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.  
Mitteln. Offentl. Wählerversammlung, Wittmoos, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“: Wichtige Verhandlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.  
Mitteln. Offentl. Wählerversammlung, Wittmoos, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldhof“: Wichtige Verhandlung. Jeder, von 8 an, muß teilnehmen.

**Rechtsgelahrter, Volljurist**  
bietet Rat u. Beistand in Chr., Alimenter, Erbschaft, Erbschaft u. Erbschaft, Verträge, Schriftliche, Rechtsgutachten, Verhandlungen mit Behörden, 10 bis 1, 3 bis 6 Uhr. Ref. 1301

**Allgemeine Geschichte des Sozialismus**  
Max Beer  
Bitterfelder Volksbuchhandlung  
Steinstr. 3-4, gegenüber v. Markt

**Arbeitsmarkt**  
weiterer, wichtiger  
**Modellstecher**  
für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Eintritt eischt. 10923  
Kauf Hof, Leinwand-Gehilfen,  
Halle, Straße 141.

**Schriftstellen-Bermittlung.**  
Berufsberatung  
Das Bureau in Bitterfeld, Linden-  
straße 411, vermittelt Schriftstellen der  
Berufsvereine, auch der Angehörtenvereine.  
Es werden Schriftstellen gesucht:  
a) Maschinen-, Motoren- u. Bauhilfslocher,  
Gelehrter, Mechaniker, Former, Dreher,  
Bauer, Möbel- u. Modellstichter,  
Zimmerer, Maurer, Gärtner usw.  
b) Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen,  
Kontrollanten, Verkäufer usw.  
Wir bitten die Herren Arbeitgeber  
und die Herren der Verlage die Ein-  
richtungen des Bureau's bei Bedarf  
in Anspruch zu nehmen. Expeditions-  
zeitunglich von 9-12 und 3-4 Uhr,  
Sonntags geschlossen. 10924  
**Arbeits- und Berufsamt für den  
Bezirk Bitterfeld.**  
(Offentl. Arbeitsnachweis)



Ich bin der Mama Liebling  
Nicht weil ich artig, brav und still!  
Nein, weil ich stets vom Kaufmann hole  
Die Marke „Weltruf“, die sie will!

# „Held's Weltruf“

ist das Produkt 35jähriger Erfahrungen, eine mit Sahne und Eigelb  
und unter Verwendung nur allerfeinster Rohstoffe hergestellte

## Edel-Margarine!

„Held's Weltruf“

„Held's Weltruf“

„Held's Weltruf“

nur einmal probiert, wird jeder  
Hausfrau die Überzeugung bring-  
en, daß keine andere an „Held's  
Weltruf“ heranreicht!

muß daher von dem Kaufmann  
ausdrücklich verlangt werden,  
da heute unzählige neue Marken  
angeboten werden!

ist stets frisch, haltbar u. er-  
giebig u. schmeckt genau wie  
gute reine Butter!

## Trustfrei!

# Leipziger Margarine-Fabrik Richard Held

Schkeuditz (Prov. Sachsen).

General-Vertreter für den Bezirk Halle:

## Otto Barthel, Halle a. S., Niemeyerstr. 9

Fernsprecher 1315 :: Lager mit Gleisanschluß u. Bureau: Delitzscher Str. 90

**PELZE**

Wolf	158
Skunks	98
Ilitis	58
Amer. Dach	75
la. Am. Opossum	55
Nord. Fuchs	109
Nutria gr. Form	121

Zahlungserleichterung!

**Mogozin zum Pfau**  
KLEINMANNEN STR. 6. ELKE GR. STEINSTR.

**Nur kein Neid!**

Alles geschneidert nach Schnittmustern  
gewaschen nach Originalrezepten

der **Frauenwelt**

30 Pf. das Heft, mit Schnittmuster 40 Pf. • Zu beziehen:  
**Volksblatt - Buchhandlung**  
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27  
**Bitterfelder Volksbuchhandlung**  
Bitterfeld, Steinstraße 5, am Bahnhof.

**Gastwirtschaft Zoologischer Garten.**  
Heute, Dienstag, den 28. Okt., abds. 8 Uhr:  
der dritte moderne Tanz-Sport-Abend

Musik ausgef. von der erst. hallischen  
Tanz-Sport-Kapelle (à la Wenstrup)  
Abonnenten des Zoologisch. Gartens  
und Dauerkarten-Inhaber Wittekind  
zahlen halbe Preise. Eintritt 1 Mk.

**Kurhaus Wittekind**  
Morgen, Mittwoch, nachm. 4 Uhr:  
Großes Kuffee-Konzert  
bei freiem Eintritt. Ausgeführt von  
dem gesamten Wittekind-Orchester.  
Leitung: Kapellmstr. Benno Platz.  
35 Künstler! 35 Künstler!  
Abends 8 Uhr 10931  
**Gesellschaftsabend m. Tanz**  
für Dauerkartenhaber.

Bitte schicken Sie den Text Ihrer  
**Anzeige**  
bis 9 Uhr vormittags des betr.  
Tages ein, damit wir selbige  
wunschngemäß und  
**wirkungsvoll**  
gestalten können.

**Achtung!**  
**Händler, Wiederverkäufer!**  
Wir bieten Ihnen die billigste Be-  
anspruchung in Manufaktur, Triko-  
tagen, Strumpf, Weiss- und  
Wollwaren, Strickwolle befand-  
preisermer Vermer in Damen-  
konfektion: Kleider, Mäntel,  
Kostüme, Röcke, Blusen,  
Jumper, Sportkleider. • Waren  
werden gegen Sicherheit abgegeben  
**Textilhaus E. Mühlbauer**  
nur Weißwaren, Ecke Altteststraße

**Koch's Künstlerspiele**  
Jägergasse 1. **Bunke Bühne** Bes. A. Koch  
Von Dienstag, den 28., bis einschließl. Freitag,  
den 31. Oktober

**Nur 4 Tage!**  
Gastspiel  
der Pariser Sensation  
**Adorée**

# Villany

der weltberühmten Nachtthermerin  
in ihrer psychodramatischen Szene  
**„Venus im Pelz!“**  
5 Nackttänze

Die Attraktion von Berlin (Winter-  
garten), Wien (Hölle) und anderer  
Welt-Festivals. • **Hierzu das  
große Oktober-Programm!**  
Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr! — Trotz der großen  
Unkosten nur geringe Preisverhöhung! Da  
überall ausverkauft, durch Vorverkauf Plätze  
sichern! 10926

**Stadt - Theater**  
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:  
**Othello**  
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:  
**Undine**  
Freitag:  
Erstaufführung  
**Wetterleuchten**  
von Strinberg.  
**Musik-**  
instrumente  
Schallplatten  
Lüders  
Mittelstr.  
9/10.

**C.-T. am Riebeckplatz**  
Sonntag, den 2. November, vorm.  
11 Uhr (Eintritt 10 Uhr):  
Der deutsche Meister im Ringkampf  
**Turn- und Sportverein Fürth**  
(M. d. V. u. V. 3.) gegen den Meister  
des 5. Kreises  
**Germania-Felsenfest**  
(M. d. V. u. V. 3.)  
3 Boxkämpfe, 2 Akrobatentruppen  
und das  
**Musikphänomen Heinz Hoffmann**

Der Vorverkauf findet an der Kasse  
des C.-T. am Riebeckplatz statt.

**Schleed.-Aus-**  
**schnitt, prima**  
**Kernware**  
**Lederhandlung**  
**Fritzsche**  
**Sternstraße 6.**

**Strickwolle**  
1/4 75 Pfg.  
Berliner Str. 16

**Volksblatt-**  
Bilderbücher  
Jugendbücher  
Märchenbücher  
**Buchhandlung**

**Schöne**  
**Damenfaschen**  
in Leder-  
1/2 1/2 Pfg.  
Hugo Wrasemann  
Hirnschneidstr. 19  
Lederwaren-Haus

**Uhr-Reparaturen**  
jeder Art werden schnell, sauber und  
billig ausgeführt. Für jede Repara-  
tur reelle Garantie. 10928  
**Johannes Kauf, Uhrmacher,**  
Felschenstraße 35. (Laden)

**Bericht der Fleischpreis-Kontrollkommission am 27. Oktober 1924.**  
Bezahl wurden am Montag, dem 27. Oktober 1924:

Gattung	für 50 kg Fleischgewicht in Weibmar			
	1. höchste Preis	2. niedrigste Preis	3. häufigster Preis	4. mittlerer Preis
Rindfleisch	87	88	81	57-63
Bullen	82	65	75	
Rohfleisch	86	40	80	
Jungfleisch	75	70	70	
Wahlfleisch	—	—	—	
Schmalz	90	—	85	
Speck	90	80	86	
Schmalz	78	50	75	
Schweinefleisch	108	100	116	

**Endlich**  
ist man  
den Lippen los,  
dann  
Reiffröschchen  
ist famos!

**Edal**  
putzt die Schuhe, pflegt das Leder  
Alleinhersteller: Werner & Mertz A.-G. Mainz.



# Schwerinntag im Stadtparlament.

Der Magistrat lehnt die Bepflegung des Gemeindefahrerstreiks ab. • Sofortige Einberufung einer Sonderkommission auf Verlangen der Linken. • Ein kommunistischer Agitationsantrag und seine Auswirkung. • Die sozialdemokratischen Forderungen auf Hilfeleistung für die Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen angenommen.

## Stadtparlament oder Komödienbühne?

Zu einem ersten Bühnenspiel, einer Komödie oder einem Drama, gehörte in früheren Zeiten in der Regel auch eine Hanswurstrolche oder ein Nippelstück. Wenn die Zuschauer am tiefsten ergriffen waren von den tragischen Geschehnissen und die Situation sichtlich nach einer Entspannung drängte, trat in einem Zwischenstück Herr Hanswurst auf mit seinem Gefolge und brockte mit Gevatter, Ehefaktel und Schlägerlein das Publikum zum Lachen. Jenseits wurden von seinem Gefolge dieselben Figuren dargestellt, die im ersten Bühnenspiel erschienen, nur ins Lächerliche und Dumme verzerrt. Ein solches Beispiel ist gegeben in dem Nippelstück, das im „Sommerabendstamm“ von Schepersart aufgeführt wird. Sondern es ist nicht nur ein Nippelstück der menschlichen Seele, sondern auch eine notwendige Förderung des Weltumlaufs ist, wenn der Mensch den Ernst einer Stunde durch leichteres Lachen unterbricht, was es den Alten sehr lang gehandelt, in die tragischen Epochen sonstige Interessen einzufügen. Einige Veränderung muß es jedoch auslösen — oder auch nicht, wenn man die Sache genau betrachtet —, daß dieser Gebräuch in öffentlichen Sitzungen von einem Mann aufzuführen und bei seinem „parlamentarischen Wirken“ angewandt wird, der sich sonst, wenn auch mit gepulvertem Nippelstück, als sehr weise hing und weise dünkt. In der getragenen Sitzung des baltischen Stadtparlaments hat der „amöbige“ Sophtanier Karl Kürbs mit durchschlagendem Erfolg ein wirklich gelungenes Hanswurstspiel aufgeführt. Wegen die einen gegenständlichen Wortschatz alle Ehre machende Prosaführung waren die gelegentlich von einzelnen Kommunisten bislang verübten Streiche nur elende Stimmereien.

hätten, kämen hierüber auf das Konto der abweichenden Stellungnahme der Verwaltung, Notstandsarbeiter zu beschäftigen. Alle Bemühungen unserer Redner, der Genossen Müller und Dürffel, waren erfolglos. Herr Nibe blieb bei seiner Erklärung, die bürgerlichen Stadtvorstände würden nicht zustimmen, die bürgerliche Verwaltung die Anweisung der Dringlichkeit einer von ihm eingereichten Motion betreffend die Preisbegrenzung der durch den Tod des Stadtbaurmeisters Gammes freigeordneten Stelle. Es war ganz selbstverständlich, daß sich die Linke gegen eine solche Behandlung ganz entschieden wehrte.

## Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Halle

Am Donnerstag, dem 30. Oktober, abends 8 Uhr im „Volkspart“ (großer Saal)

## Erste öffentl. Wählerversammlung.

Der Führer der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages Ernst Heilmann (Berlin) spricht über das Thema:

## „Republik oder Monarchie“

Mit dieser Versammlung eröffnet die Sozialdemokratische Partei Halle den Wahlkampf. Parteigenossen, agitiert für recht starken Besuch. Frauen und Männer erscheint in Massen.

Sozialdemokraten und Kommunisten ablehnt. Verkwürdigungswerte konnten auch die Arbeitervereine des Vorkriegs nicht dazu aufbringen, für eine solche selbstverständliche Forderung einzutreten.

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

überreicht hatte. Es handelt sich um die Anträge betreffend die Freigabe der Arbeitslosen aus der Wohnungswirtschaft, die freie Verrentung der mobilisierten Wohnungen und die Überlegung des Leiters des Wohnungsamtes Stadtrat Gellert. Herr Zier, der Hauptmotor der baltischen Haus- und Grundbesitzer, las eine halbe Stunde lang Artikel aus der „Haus- und Grundbesitzerzeitung“ vor, um die Verrentung der Hausbesitzerwohnungen nachzuweisen. Nach einigen Erklärungen des Magistrats wurde der Antrag abgelehnt. Der Hausbesitzer aus dem Antrag zurück, was eine schallende, durch das ganze Haus dröhnende Heiterkeit auslöste. Die Angelegenheit ist so bedäufel, daß wir uns morgen mit ihr noch ganz besonders beschäftigen werden.

Genosse Petersdorff begründete hierauf den in der letzten Sitzung bereits gehalten und im Sitzungsbericht veröffentlichten Antrag auf Gewährung von Naturalien an Arbeitslose und Kriegsbeschädigte in Form von Mägen.

Genosse Petersdorff wies darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen immer noch eine außerordentlich hohe sei, obwohl angegeben worden müsse, daß in letzter Zeit infolge der Ansiedlung des Danziger Güterzuges eine merkliche Besserung eingetreten sei. Wir hätten aber immer noch 6000 arbeitslose Arbeiter in Halle, die nicht wüssten, wovon sie leben sollten. Wie groß das Elend sei, werde gelegentlich durch die zunehmende Zahl der bettelnden Kinder, die Arbeitslosensöhne des Danziger Güterzuges, wenn der Magistrat etwa auf seinem unehrlichen Spielplan Verkehr und Maßregelungen anlässlich des Gemeindefahrerstreiks durchführen sollte, das Unschöne sei, daß man diesen Leuten nicht einmal Gelegenheit lasse, wieder Arbeit zu finden. Wir verlangen, daß die Gebühre für alle Umstände abgemindert oder noch besser ihnen Einstellungsmöglichkeiten ausgestellt werden. Außerdem ist das Wohlstandsgesetz der Stadtverordneten und hat um Bewilligung der Summen, die erforderlich sind, um den Opfern der Wirtschaftskrise wenigstens Heimatarbeit zur Verfügung zu stellen. Stadtrat Müller (SPD) erklärte die Berechnung der Forderungen nicht und erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion zur Zustimmung, doch dürften dem Magistrat seine bindenden Vorschriften gemacht werden. — Stadtrat May erklärte, seitens des Magistrats gehe alles, was nur möglich ist, um die Lage der in Not geratenen zu bessern. Die Beteiligten hätten aber die Verfügung mit Klammern abgeholt und lieber Geld geholt. Die Höhe für die Unterstützungsberechtigten seien bereits seit dem 1. Oktober um 400 000 Mk. überschritten. — Stadtrat Müller (SPD) machte wieder sehr interessante Angaben über die Zahl der Erwerbslosen in Halle, die in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt. Der Magistrat sei entschlossen, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu verfahren, doch bitte er, ihm keine genauen Vorschriften zu machen. Die Fraktion der Sozialdemokraten und Kommunisten, begünstigt durch den Tod, trennte sich von den 24 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit 24 gegen 22 Stimmen ab. Dafür stimmten von der Rechten nur die vier Sozialisten.

Stadtrat Heilmann begründete einen Antrag, den Magistrat zu verpflichten

die in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt.

Der Magistrat sei entschlossen, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu verfahren, doch bitte er, ihm keine genauen Vorschriften zu machen. Die Fraktion der Sozialdemokraten und Kommunisten, begünstigt durch den Tod, trennte sich von den 24 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit 24 gegen 22 Stimmen ab.

Stadtrat Heilmann begründete einen Antrag, den Magistrat zu verpflichten

die in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt.

Der Magistrat sei entschlossen, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu verfahren, doch bitte er, ihm keine genauen Vorschriften zu machen.

Die Fraktion der Sozialdemokraten und Kommunisten, begünstigt durch den Tod, trennte sich von den 24 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit 24 gegen 22 Stimmen ab.

Stadtrat Heilmann begründete einen Antrag, den Magistrat zu verpflichten

die in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt.

Der Magistrat sei entschlossen, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu verfahren, doch bitte er, ihm keine genauen Vorschriften zu machen.

Die Fraktion der Sozialdemokraten und Kommunisten, begünstigt durch den Tod, trennte sich von den 24 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit 24 gegen 22 Stimmen ab.

Stadtrat Heilmann begründete einen Antrag, den Magistrat zu verpflichten

die in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt.

Der Magistrat sei entschlossen, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu verfahren, doch bitte er, ihm keine genauen Vorschriften zu machen.

Die Fraktion der Sozialdemokraten und Kommunisten, begünstigt durch den Tod, trennte sich von den 24 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit 24 gegen 22 Stimmen ab.

Stadtrat Heilmann begründete einen Antrag, den Magistrat zu verpflichten

die in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt.

Der Magistrat sei entschlossen, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu verfahren, doch bitte er, ihm keine genauen Vorschriften zu machen.

Die Fraktion der Sozialdemokraten und Kommunisten, begünstigt durch den Tod, trennte sich von den 24 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit 24 gegen 22 Stimmen ab.

Stadtrat Heilmann begründete einen Antrag, den Magistrat zu verpflichten

die in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt.

Der Magistrat sei entschlossen, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu verfahren, doch bitte er, ihm keine genauen Vorschriften zu machen.

Die Fraktion der Sozialdemokraten und Kommunisten, begünstigt durch den Tod, trennte sich von den 24 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit 24 gegen 22 Stimmen ab.

Stadtrat Heilmann begründete einen Antrag, den Magistrat zu verpflichten

die in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt.

Der Magistrat sei entschlossen, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu verfahren, doch bitte er, ihm keine genauen Vorschriften zu machen.

Die Fraktion der Sozialdemokraten und Kommunisten, begünstigt durch den Tod, trennte sich von den 24 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit 24 gegen 22 Stimmen ab.

Das Kollegium beschäftigte sich gerade mit einer von der nationalsozialistischen Fraktion an den Magistrat gerichteten Anfrage, ob es nicht für die Beschäftigung der in Halle anwesenden Kriegsbeschädigten, die sich in der letzten Woche von 2900 auf 3100 zugenommen sei. Die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen betrage sich zwischen 300 und 400. Die größte Mehrzahl würde mit städtischen Notstandsarbeiten beschäftigt.

Der Magistrat lehnt die Bepflegung des Gemeindefahrerstreiks ab. • Sofortige Einberufung einer Sonderkommission auf Verlangen der Linken. • Ein kommunistischer Agitationsantrag und seine Auswirkung. • Die sozialdemokratischen Forderungen auf Hilfeleistung für die Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen angenommen.

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Sozialdemokraten und Kommunisten ablehnt. Verkwürdigungswerte konnten auch die Arbeitervereine des Vorkriegs nicht dazu aufbringen, für eine solche selbstverständliche Forderung einzutreten.

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen

Stadtrat Müller (SPD) lehnt dann zu einer längeren Rede an, um den bereits am 2. Juni eingereichten Antrag betreffend Maßnahmen der Regierung bezüglich der Verrentaltungen





Wittenberg. Grundbesitzer. Durch einen vollständigen Grund...

Reinberg. Erhängt hat sich der Viehhändler Bannier. Was...

Wittenberga. Sanges- und Klangeles. Das Wittenberger...

Wittenberg. Die Mitgliederversammlung am Freitag...

### Mansfelder Land.

Einleben, den 28. Oktober 1924.

#### Unterbezirkskonferenz Mansfeld.

In der Unterbezirkskonferenz, über deren Verlauf wir...

Gesellschaft. Die Gesellschaft beschäftigte sich dann in...

Die dann folgende Auffstellung von Kandidaten zur Reichs-

Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Wolf...

Der Geschäftsbericht des Unterbezirksverbandes, den...

Zeit hinaus gelöst werden. Erkannt wurden drei...

Nach dem Geschäftsbericht, dem seine Ausdrucksfolge...

Eine längere Rede über die Presse, deren Bedeutung...

### Gewerkebewegung.

#### Reichsindexziffern und Gewerkschaften.

Vom 1. 10. 23, wird uns geschrieben: Der Lohnpolitische...

Weiter nahm der Lohnpolitische Ausschuss Stellung...

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne...

### Der Schiedspruch über die Eisenbahnerlöhne.

Die vom dem Schlichter für das mitteldeutsche Schlichtungsgebiet...

Table with 2 columns: Lohnklasse and Lohn. Rows I to IX.

Erhöhung der Eisenbahnerlöhne abgelehnt.

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne...

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich sehr kritisch...

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich sehr kritisch...

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich sehr kritisch...

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich sehr kritisch...

### Mitteldeutscher Braunkohlenbergbau.

Die von der Tarifvertragspartei für den Braunkohlenbergbau...

### Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Revolution.

F. O. Schuler für Gewerkschaften und Arbeiter...

Hausfrauen... verwendet nur Sinner-Pudding-Pulver

Sinner-Pudding-Pulver... Qualität

Über-treffliche Qualität... Sinner-Pulver

Betten u. Matratzen... Bruno Paris

Wash-Geläbe... Carl Schuhmann

Hausfrauen!... Halle

„Lachen links“... Bitterfelder Volksbuchhandlung

Das prachtvollste Schneeweiß... Carl Schuhmann

Helbra... Helbra, den 27. Oktober 1924

Ernst Schubert-Grump... Mühle und Bäckerei :: Zwiebackfabrik

